

Herr Uhlenberg stellt die aktuelle Ausbauplanung des Kunstrasenplatzes in Mühleip vor. Herr Sterzenbach ergänzt, dass diese Planung mit den Vertretern des Vereinsvorstandes eng abgestimmt wurde. Unterschiedliche Auffassungen gebe es zu der geplanten Rasenfläche an der jetzigen Weitsprunganlage. Der Verein bevorzuge hier eine gepflasterte Fläche, da der Pflegeaufwand geringer sei. Nach einigen Wortbeiträgen zu dieser Angelegenheit fragt Herr Sonntag nach dem Bedarf einer Weitsprunganlage und den Herstellungskosten. Herr Uhlenberg informiert, dass die Baukosten hierfür bei ca. 6.000 € liegen. Herr Tentler antwortet, dass die Schule feste Belegungszeiten für diesen Sportplatz habe. Erkenntnisse oder Aufzeichnungen darüber, wie oft die Schule diese Möglichkeit tatsächlich nutzt, lägen nicht vor. Herr Gräf schlägt vor, mit der Schule Kontakt aufzunehmen um zu klären, welche Sporteinrichtungen (Laufspur, Sprunganlage etc.) für den Unterricht gebraucht werden.

Nach weiteren Fragen über die Notwendigkeit eines hohen Ballfangzaunes und der Berieselungsanlage fragt Herr Pahl, ob die jetzt vorhandenen Tore weiter genutzt werden. Nachdem Herr Uhlenberg dies verneint, beantragt Herr Pahl, zwei der demontierten Tore auf dem Bolzplatz in Mühleip zu installieren. Ergänzend beantragt Herr Sonntag, bei der Schule kritisch nachzufragen, inwiefern eine Sprunggrube benötigt wird und einen Alternativvorschlag zu erarbeiten. Weiterhin bittet er um Überlassung der Kostenaufstellung (**Anlage 1 der Niederschrift**).

Herr Koch befürwortet die vorgestellte Planung und schlägt vor, dieses Konzept zu unterstützen. Weiterhin betont er, dass ihm eine kurze Kostenaufstellung ausreichen würde. Herr Rustige vertritt die Auffassung, einen Sportplatz nach „neuestem Stand“ zu bauen, wenn dank des KP II ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.

Frau Dr. Storch schlägt vor, die Ausschreibung parallel mit der Bedarfserhebung durchzuführen, damit es nicht zu unnötigen Verzögerungen kommt. Herr Uhlenberg erklärt, dass man mit der Ausführungsplanung beginnen kann und im Bedarfsfall diese Position herausnehmen könne.

Beigeordneter Sterzenbach informiert, dass das Gesprächsergebnis mit der Schule über die tatsächliche Nutzung des Sportplatzes vor der Dringlichkeitsentscheidung bekannt gegeben wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach Auskunft der Schulleiterin wird der Sportplatz, also auch die Weitsprung-Anlage, für den Schulsport im Rahmen der angemeldeten Zeiten benötigt. Auch habe sich der Kindergarten mit einem Bedarf gemeldet, der innerhalb der angemeldeten Schulnutzungszeiten in Abstimmung mit der Schule gedeckt werden soll. Die tatsächliche Belegung ist nicht dokumentiert. Die Lehrkräfte entscheiden tagesaktuell je nach Lehrplan und Wetterlage, ob die Turnhalle oder der Sportplatz genutzt werden. Zur Vorbereitung auf die Bundesjugendspiele werde der Sportplatz von etwa April bis Juni intensiver als sonst genutzt.

Diese Regelung bzw. Praxis entspricht der zum Sportplatz Eitorf.

Herr Uhlenberg könnte sich als Alternativlösung auch eine Laufmarkierung auf dem Kunstrasen vorstellen, die auch als Anlauf für die Weitsprunggrube genutzt werden könnte. Die Weitsprunggrube könne dann direkt an das Ende des Spielfeldes verlegt werden.

Herr Gräf bittet die CDU-Fraktion, ihren Antrag zurückziehen. Er ist der Meinung, dass die Verwaltung selbständig über den Verbleib der Tore entscheiden sollte.

Herr Sterzenbach erklärt, dass die Verwaltung zunächst prüfe, ob die gemeindeeigenen Tore auf gemeindlichen Plätzen Verwendung finden, bevor sie an Dritte ausgeliehen werden. So sei sichergestellt, dass bei Bedarf zwei Tore auf dem Bolzplatz an der Grundschule Mühleip aufgestellt werden.

Herr Sonntag besteht auf Abstimmung des Antrags und formuliert diesen wie folgt: Es wird beantragt, zwei der demontierten Tore auf dem Bolzplatz an der Grundschule Mühleip zu installieren.

Beschluss:

Nr. XIII/1/4

Der ABV beschließt:

Der Antrag von Herrn Sonntag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

8 Nein-Stimmen, 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

Sodann wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung entschieden.